

## Noch kein Bürgerkrieg

ETH-Nahostexperte hält Szenario für möglich

ZÜRICH Die letzten Tage in Ägypten würden sicherlich als Rückschlag wahrgenommen, findet Roland Popp. Der Nahostexperte am Center for Security Studies an der ETH Zürich sagt, Probleme beim Übergang von autoritären Systemen hin zu Demokratien seien immer zu beobachten. Eine Garantie, dass sich langfristig pluralistische und offene Gesellschaften etablieren könnten, gebe es nicht. Trotz aller Rückschläge stehe fest, dass in mehreren arabischen Staaten das Volk die Diktatoren gestürzt habe.

«Ausserdem», so Popp, «hat sich die Idee der Volkssouveränität grundsätzlich durchgesetzt.» Möglicherweise neu entstehende Diktaturen würden es viel schwerer haben als ihre historischen Vorbilder, ihre Machtausübung nach innen zu legitimieren.

An den externen Beziehungen Ägyptens dürfte sich so bald nichts ändern, so Popp. Auch wenn aus arabischen Ländern neuerdings viel mehr finanzielle Unterstützung kommt als die 1,5 Milliarden Dollar Militärhilfe der USA pro Jahr. Trotz den Forderungen im Inland dürften die USA ihre Hilfe wahrscheinlich nicht kappen. «Die Realpolitik und die breiteren Interessen der USA in der Region gebieten, den Einfluss in Ägypten zu wahren», sagt Popp. Er fügt jedoch hinzu, dass das Verhalten Washingtons innerhalb des ägyptischen Militärs sehr kritisch betrachtet würde. Das Militär stünde wohl hinter der Verfolgung von US- und anderen westlichen NGOs und zweifelhaften Prozessen gegen sie.

Gegenwärtig sieht Popp in Ägypten keinen Bürgerkrieg. «In Syrien haben wir es mit einem Bürgerkrieg zu tun, bei dem es inzwischen wie im konventionellen Krieg um die Kontrolle von Territorium geht.» In Ägypten handle es sich um eine gewaltsame politische Auseinandersetzung, die aber durchaus in ein bürgerkriegsähnliches Szenario gleiten könnte. Allerdings erinnerten sich viele Ägypter noch an die Unruhen in den 90er-Jahren. Selbst radikale Islamisten schrecken vor den Folgen zurück. Wichtig sei, dass es kein Konflikt zwischen Säkulären und Islamisten sei. (CG)

## Schweizer recht gelassen

Fast 1000 Touristen heute noch in den Ferien

ZÜRICH Zwar fliegen die grossen Reiseanbieter der Schweiz wie Kuoni oder Hotelplan keine Urlauber mehr nach Ägypten. Von den gegen 1000 Touristen am Roten Meer wollten aber nur eine Handvoll vorzeitig abreisen, heisst es.

Trotz blutigen Auseinandersetzungen warten auch viele Schweizer Firmen vorerst ab, ihre Werke und Büros zu schliessen. So bleibt die Produktion beim Pharmakonzern Roche, dem Nahrungsmittelmulti Nestlé und der ABB noch in Betrieb. Ihre Büros vorübergehend geschlossen haben hingegen Novartis sowie auch die Banken Julius Bär und UBS. Swiss fliege nach wie vor gemäss Flugplan nach Kairo. (MW)



Al-Fateh-Moschee, gestern: Polizisten bewachen nach dem Sturm aufs Gotteshaus die dort verbliebenen Mursi-Anhänger

FOTO: REUTERS

# In Kairo tauchen immer mehr bewaffnete Zivilisten auf

Armee lässt Schlägertrupps gewähren, Regierung will Muslimbrüder verbieten

VON KARIM EL-GAWHARY

**KAIRO** Es war wohl die bisher bizarrste Konfrontation zwischen der ägyptischen Regierung und den Gegnern des Militärputsches, aber nach 15 Stunden war die Belagerung der Al-Fateh-Moschee vorüber. Am späten Samstagmittag drangen Sicherheitskräfte in das Gotteshaus auf dem Ramesses-Platz im Zentrum Kairs und führten mehrere Hundert Pro-Mursi- und Anti-Militärputsch-Demonstranten weg. Diese hatten sich am Abend zuvor in das Gotteshaus geflüchtet. Weitere Demonstranten verblieben mit der Polizei in der Moschee und zwei Scheichs der islamischen Al-Azhar-Universität versuchten zwischen ihnen und der Polizei einen sicheren Abzug zu vermitteln.

**Zivile Schläger vor Moschee erinnern an Mubaraks Zeiten**

Rund um die Moschee hatte zuvor stundenlang totales Chaos geherrscht. Zunächst hatten kleine Gruppen die Moschee verlassen. Dies, nachdem zuvor ausgehandelt worden war, dass sie in fünf-Gruppen, eskortiert von der Armee, nach draussen gebracht würden. Die Protestierenden wurden, begleitet von Soldaten, durch eine feindselig gestimmte Menschenmenge mit Knüppeln zu Fahrzeugen der Armee oder der Polizei gebracht. «Die Leute haben gerufen, dass sie uns die Kehle durchschneiden wollen», erzählt ein Moschee-Besitzer. Er fügt aber auch hinzu: «Andere haben uns aber auch Wasser angeboten.»

Doch plötzlich kam es zu einer Schiesserei, als ein oder mehrere Unbekannte begannen, vom Mi-

narrett aus auf das Militär zu feuern. Das erwiderte den Beschuss. Kurzfristig wurde auch in der Moschee geschossen.

Die Moschee, die am Freitag bei Demonstrationen der Pro-Mursi-Anhänger als Feldlazarett gedient hatte, füllte sich am selben Abend, als die Ausgangssperre begann. Kurz darauf wurde das Gotteshaus von der Armee, der Polizei und zivilen bewaffneten Schlägern umstellt. Diese wurden auch nach der Ausgangssperre nicht von der Armee verjagt. Und auch am nächsten Tag, als die Schläger den Weg für die Menschen, welche die Moschee verlassen zum Spiessrutenlauf machten, liess die Armee den Platz vor der Moschee nicht räumen. Offen bleibt, ob sie das nicht wollte oder nicht konnte.

Es war eine Szene, die an Mubarak-Zeiten erinnerte, als der Sicherheitsapparat immer wieder mit sogenannten Baltagiya, mit bezahlten Schlägern, zusammengearbeitet hatte, um gegen unliebsame Dissidenten vorzugehen.

Erst am späten Samstagnachmittag räumte die Armee den Platz. Die Schlägertrupps zogen sich in die benachbarten Strassen zurück.

Seit Freitag seien landesweit 173 Menschen umgekommen, 95 davon in Kairo, liess ein Sprecher von Premierminister Hasem al-Beblawi verlauten, 1330 sollen verletzt worden sein. Die Muslimbrüder geben höhere Zahlen an. Auf einer Website, die ständig aktualisiert wird, gibt eine Organisation namens «Wiki Thawra», zu deutsch «Wiki Revolution», zu Redaktionsschluss Namen, Todeszeitpunkt und Ort von 1302 Menschen an, die seit der Räumung der Pro-Mursi-Protestlager am Mittwoch umgekommen sein sollen.

Nachdem vor wenigen Tagen der Vizepräsident Mohammed al-Baradei zurückgetreten war, scheint der Rest der Übergangsregierung zu halten. Premier al-Beblawi dankte am Samstag erneut den Sicherheitskräften für ihre professionelle Arbeit. Er

hoffe immer noch auf den Übergang zur Demokratie. Das Land brauche Versöhnung. Die könne es allerdings nicht geben, solange mit Waffengewalt gegen Menschen und den Staat vorgegangen werde, erklärte al-Beblawi.

**Putsch-Unterstützung der Liberalen bekommt Risse**

Tatsächlich wird die Lage immer unübersichtlicher. Handelte es sich bei der Räumung der Protestlager am Mittwoch um eine Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten, kamen am «Freitag der Wut», den die Anti-Putsch-Koalition ausgerufen hatte, mehr Menschen bei Schusswechseln zwischen Zivilisten ums Leben.

Auf den Strassen Kairs tauchen immer mehr Zivilisten mit Waffen auf. Bei einer Fahrt durch die Stadt stösst man immer wieder auf Strassensperren mit bewaffneten Jugendlichen und es ist oft schwer auszumachen, welcher Seite des polarisierten Landes sie angehören.

Noch steht ein Grossteil der ägyptischen liberalen Parteien hinter dem Putsch. Aber die Unterstützung der Liberalen bekommt erste Risse. Der Sprecher der nationalen Rettungsfront Khaled Daoud erklärte am Samstag die Motive seines Rücktritts. «Wir haben nicht unsere Revolution gemacht, um den Sicherheitskräften einen Blankoscheck für die tödlichen Operationen zu geben», erklärte er gegenüber dem Fernsehsender al-Jazeera. Man könne nicht ein Viertel der Bevölkerung zu Terroristen erklären. «Ich will mit den Muslimbrüdern vor den Urnen in Wettstreit treten, nicht auf diese Weise», erläuterte er sein Motiv, zurückzutreten. Noch am Mittwoch hatte Daoud das Vorgehen der Polizei verteidigt.

Unterdessen hat Premier al-Beblawi vorgeschlagen, juristische Möglichkeiten ausloten, um die Muslimbruderschaft aufzulösen. Dies erklärte dessen Sprecher. Der Vorschlag werde derzeit geprüft. Die Muslimbruderschaft ist seit 1954 verboten. Zu Zeiten Mubaraks hatten die Muslimbrüder einen halblegalen Status. Sie durften zu Parlamentswahlen antreten, aber sie wurden als Mitglieder einer illegalen Vereinigung verhaftet, wenn das Regime das als opportun ansah. Nach dem Sturz Mubaraks hatten sich die Muslimbrüder als Nichtregierungsorganisation registriert und die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei gegründet. Die Muslimbruderschaft zu verbieten, würde es für die Regierung und die Militärführung einfacher machen, deren schon verhaftete Führung vor Gericht zu stellen und die Guthaben der Bewegung einzufrieren.

«Die Schweiz verurteilt mit Nachdruck Waffengebrauch und Gewalt»

**Bundesrat Didier Burkhalter zeigte sich gestern betroffen über die neusten Entwicklungen im Land am Nil**

«Die schrecklichen Bilder aus Ägypten und das Leiden der Bevölkerung machen mich traurig», teilte der Aussenminister der Sonntagszeitung in einem schriftlichen Statement mit. Es betrübe Burkhalter, zu sehen, wie sich die Hoffnung der Leute in Schmerz verwandle. Und wie die Perspektive auf ein besseres Leben von Hass zerrissen werde. Das Auswärtige Departement EDA rät Touristen seit letztem Freitag von Reisen nach Ägypten ab. Der EDA-Chef betont, es sei jetzt wichtig, dass das Land zur Vernunft und schnell zum demokratischen

Prozess zurückkehre. Weiter: «Deswegen verurteilt die Schweiz mit Nachdruck den Waffengebrauch und die Gewalt in Ägypten. Und sie ruft alle Parteien zum Dialog auf.» Eine nachhaltige Lösung in Ägypten sei nur durch einen politischen Prozess zu erreichen, der zu einer Verfassung mit Gewaltenteilung führe. Diese Haltung habe er dem Botschafter Ägyptens in der Schweiz mitgeteilt. Die Schweizer Botschaft in Kairo stehe mit den Schweizern vor Ort in Kontakt und sei auf alle Eventualitäten vorbereitet.